

Calmer Tagblatt

Nr. 248

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Rfr., Familienanzeigen 25 Rfr., Nekrologien 20 Rfr. x Schlusssatz. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Dienstag, den 23. Oktober 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtschiff 11000000 Rfr. wöchentlich, Postbezugspreis 11000000 Rfr. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 2000000 Rfr. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich ist immer noch offen. Die bayerische Regierung ist noch einen Schritt weiter gegangen. Sie hat die Reichswehr jetzt „für die Zeit des Konflikts“ auf den bayerischen Staat verpflichtet. Die Reichsregierung erklärt sowohl die Ernennung des bayerischen Kommandanten wie die Verpflichtung der Reichswehr auf Bayern für ungesetzlich. Von verschiedenen Seiten wird versucht, den Konflikt beizulegen.

Zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ist Graf Ranitz ernannt worden. Er gehörte bisher der Deutschnationalen Partei an, ist aber jetzt aus der Partei ausgestreut.

Die mit Hilfe der Franzosen betriebene Putzbewegung im Rheinland hat einen größeren Umfang angenommen. Ueber ihre bisherigen Erfolge liegen nur sehr spärliche Nachrichten vor, und charakteristischer Weise hauptsächlich von französischer Seite.

Die New Yorker Deutschamerikaner erlassen einen Aufruf an alle Deutschamerikaner zur finanziellen Unterstützung des deutschen Volkes.

Bayern und das Reich.

Vereidigung der bayerischen Reichswehrtruppen auf die bayerische Regierung.

München, 22. Okt. Für die übrigen Truppen des bayerischen Reichswehrkontingents wurden die Truppenteile der Münchner Garnison am Montag vormittag 11 Uhr nach der Losung des von der bayerischen Staatsregierung erlassenen Aufrufs auf folgende Formel verpflichtet: „Auf Grund des mir vorgelesenen Aufrufs der bayerischen Staatsregierung bekenne ich, daß ich von der bayerischen Staatsregierung als der Treuhänderin des deutschen Volkes bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und Reich in Pflicht genommen bin und erneuere meine Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber meinen Vorgesetzten.“ Die Verpflichtung nahm der Stadtkommandant, General von Danner, im Hof der Kaserne des früheren 2. Infanterieregiments ab, wo die Truppen in voller Ausrüstung aufgestellt genommen hatten. Nach einer Ansprache des Herrn von Lossow spielte die Musik das Deutschlandlied. Den Schluß des feierlichen Aktes, der ohne Störung vor sich ging, bildete ein Vorbeimarsch der Truppen vor Herrn von Lossow.

Die Reichsregierung erklärt die bayerischen Maßnahmen für ungesetzlich.

Berlin, 23. Okt. Nach einer Verfügung des Generalstaatskommissars von Kahr vom 21. Oktober stützt sich die Anordnung des bayerischen Gesamtministeriums vom 20. Oktober, durch die die Dienstenthebung des Generals von Lossow für Bayern außer Wirksamkeit gesetzt wurde, auf Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung. Die Anordnung stelle daher keinen Bruch der Reichsverfassung dar.

Demgegenüber erklärt die Reichsregierung, daß diese Darlegung rechtlich unhaltbar ist. Der Reichspräsident hat die Dienstenthebung rechtsverbindlich verfügt. Gegenüber dieser Maßnahme der höchsten Reichsstelle kann eine landesrechtliche Verfügung nicht in Betracht kommen, die lediglich darauf abzielt, eben diese Verfügung des Reichspräsidenten unwirksam zu machen. Eine einstweilige Anordnung einer Landesregierung auf Grund des Art. 48 darf sich zu dem erklärten Willen des Reichspräsidenten, der in erster Linie berufen ist, Maßnahmen auf Grund des Art. 48 zu treffen, nicht in Widerspruch setzen. Die Kundgebung geht nicht darauf ein, daß die bayerische Staatsregierung den bayerischen Teil der Reichswehr als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen hat. Auch noch diese Maßnahme auf Art. 48 zu stützen, ist in der Tat unmöglich, weil nach Art. 47 der Reichsverfassung den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches hat und diese Verfassungsvorschrift durch eine Maßnahme nach Art. 48 nicht außer Kraft gesetzt werden kann.

Die Frage der Entziehung des Konflikts.

Berlin, 23. Okt. Die amtliche bayerische „Korrespondenz Hoffmann“ hat eine Darstellung der bayerischen Regierung über den Fall Lossow veröffentlicht, zu der folgendes festgestellt wird:

1. Die Behauptung, der Reichswehrminister hätte nach der Verhängung des Reichsausnahmestandes dem bayerischen Gesandten von Preger zugesagt, er werde dem General v. Lossow keine materiellen Befehle über die Handhabung des Ausnahmestandes geben, ist unrichtig. Der Reichswehrminister hat dem bayerischen Gesandten am 2. September lediglich zugesagt, daß er an diesem Tage dem General v. Lossow keine materiellen Befehle geben werde, um es ihm zu erleichtern, sich mit dem bayerischen Generalstaatskommissar über die vollziehende Gewalt zu einigen. 2. Die Rechtsstellung des Generals v. Lossow gegenüber dem Generalstaatskommissar wurde am 27. September bei der Beantwortung einer Anfrage des Generals v. Lossow durch ein Telegramm festgelegt, worin es heißt: „Da Reichsrecht vor Landesrecht geht, kann es aber keinem Zweifel unterliegen, daß Ihnen schon jetzt alle Militär- und Zivilbehörden des Wehrkreisbezirktes uneingeschränkt unterstehen und daß Sie alle für notwendig gehaltenen Anordnungen in eigener Verantwortung treffen müssen. Ich bitte, den Empfang meines Befehls, der Sie zum Inhaber der vollziehenden Gewalt macht, durch Fernsprecher zu bestätigen.“ (gez.): Reichswehrminister Dr. Geßler. — Die Bestätigung ging am selben Tage ein. Lossow konnte nicht im Zweifel darüber sein, daß er dem Generalstaatskommissar übergeben war. 3. Dem von Lossow entsandten Generalstabsoffizier erklärte der Minister, die politische Frage des Verhältnisses der beiden Ausnahmestände in Bayern und im Reich werde zwischen den Regierungen geregelt werden. Bis dahin solle Lossow offene Konflikte mit dem Generalstaatskommissar vermeiden und nur auf eine gleichmäßige Handhabung des Ausnahmestandes nach beiden Seiten hin arbeiten. Das Verbot des „Börslichen Beobachters“, das von ihm für das ganze Reich bereits erlassen worden sei, müsse aber unter allen Umständen durchgeführt werden. Um dem von Münchener Stellen geäußerten Wunsch, das Verbot wenigstens zu befristen, Rechnung zu tragen, werde er es nach acht Tagen wieder aufheben, wenn es jetzt seinem Befehl gemäß durchgeführt werde. Erst als trotz dieses Entgegenkommens das Verbot nicht ausgeführt wurde, erließ der Minister den Befehl, es nötigenfalls mit Waffengewalt durchzuführen. 4. Zu der Darstellung, die der Bericht der Korrespondenz Hoffmann über die Unterredung des Reichswehrministers mit General v. Kreh gegeben hat, wird auf mehrfache Schilderungen verwiesen, die hierüber der Presse vom Reichswehrminister zugegangen sind. Der Reichswehrminister hat den Reichsanwalt gebeten, seinerseits eine Klärung der Angelegenheit zu veranlassen. Es sei aber jetzt schon bemerkt, daß der Reichswehrminister niemals behauptet hat, auf eine private Aufforderung des Generals v. Kreh hin nach Augsburg gefahren zu sein.

Beratungen des Reichskabinetts über die bayerische und rheinische Frage.

Berlin, 23. Okt. Die Reichsregierung beschäftigte sich gestern in einer Kabinettsitzung mit den Vorgängen in Bayern und im Rheinland. In der bayerischen Angelegenheit bleibt es, laut „Berliner Tageblatt“ bei dem Beschluß des Kabinetts, die Frage im Reichsrat, der morgen zusammentritt, zu unterbreiten. Was die Vorgänge im Rheinland betrifft, so sind, dem gleichen Blatt zufolge, die maßgebenden Kreise der Auffassung, daß die Masse der Bevölkerung des Rheinlandes nach wie vor jede separatistische Bestrebung ablehnt. In diesen Tagen werden sich Vertreter der Reichsregierung an die Grenze des besetzten Gebiets begeben, um dort mit Vertretern der rheinischen Bevölkerung in Verbindung zu treten.

Der bayerische Ministerpräsident über die Haltung seiner Regierung.

München, 22. Okt. Ministerpräsident von Kulling empfing heute vormittag die Vertreter der Münchner und auswärtigen Presse, um ihnen über den Beginn und die Entwicklung des Konflikts zwischen Bayern und dem Reich und die Stellungnahme der bayerischen Regierung Auskunft zu geben. Der Ministerpräsident betonte dabei wiederholt das korrekte und loyale Verhalten von Lossows bei der ganzen Angelegenheit. Von der Dienstentlassung von Lossow habe er erst am Samstag 4 1/2 Uhr nachmittags amtlich Kenntnis erhalten. Die übereinstimmende Auffassung sei, daß man diese Maßnahme in Bayern unmöglich hinnehmen könne. Ein Falllassen Lossows wäre eine glatte Kapitulation für die bayerische Regierung gewesen. Der Ministerpräsident wandte sich scharf gegen die Auffassung, als ob das Handeln der bayerischen Regierung den Aufsturz zur Loslösung vom Reich bedeute. Der Reichsgedanke werde in der Regierung jederzeit hochgehalten. Deshalb sei sie

aber auch gezwungen, sich gegen die Angriffe zu wehren, die für das Verbleiben Bayerns in der Reichsgemeinschaft nicht gebühlich wären. Die weitere Entwicklung der Angelegenheit hänge nun von dem Verhalten der Reichsregierung ab.

Der Stahlpunkt Bayerns.

München, 23. Okt. Gegenüber einem Ausgleichsversuch betont die „Bayerische Staatszeitung“, der bayerische Gesandte Dr. von Preger dürfe bei den Erörterungen im Reichsrat dagegen Verwahrung einlegen, daß man versuche, den rein politischen Charakter der Angelegenheit beiseite zu schieben und ihr einen militärischen Anstrich zu geben. Hier liege die Wurzel des Konfliktes, der wohl beizulegen wäre, wenn man die Dinge so betrachten würde, wie sie sich aktienmäßig entwickelt haben, und nicht Kompetenzen in Anspruch nimmt, die in diesem Falle durchaus unberechtigt sind.

Berlin, 23. Okt. Ueber die Haltung der bayerischen Regierung glaubt der „Berliner Lokalanzeiger“ mitteilen zu können, daß von München vor der für Mittwoch in Aussicht genommenen Sitzung des Reichsrates weitere konkrete Schritte nicht zu erwarten seien. Man sei in München geneigt, den Fall Lossow als eine politische Angelegenheit zu betrachten, der mit politischen Mitteln behandelt werden müsse. Gerade das sei aber der Zweck der bevorstehenden Erörterung im Reichsrat, der man insofern mit einer gewissen Zuversicht entgegensehen könne.

Bermittlungsversuch des württ. Staatspräsidenten.

(S.C.B.) Stuttgart, 22. Okt. Staatspräsident Dr. Hieber hat anlässlich des Konflikts zwischen dem Reich und Bayern namens des württ. Staatsministeriums beim Reichsanwalt die sofortige Einberufung des Reichsrates beantragt.

Berlin, 22. Okt. Auf Anregung Württembergs wird am Mittwoch nachmittag eine Sitzung der stimmführenden Mitglieder des Reichsrates stattfinden, in der die außen- und innenpolitische Lage besprochen werden wird. Der Ausschluß der Öffentlichkeit ist, wie wir hören, in Aussicht genommen.

Besprechungen zwischen Württemberg, Baden und Hessen.

(S.C.B.) Stuttgart, 22. Okt. Die Staatspräsidenten und Mitglieder der württembergischen, badischen und hessischen Regierungen haben sich heute in Stuttgart zu einer Besprechung über die augenblickliche politische Lage zusammengefunden. Der Antrag des württ. Staatspräsidenten auf sofortige Einberufung des Reichsrates zur Besprechung der neuerdings entstandenen innerpolitischen Gefahren wurde allseits gebilligt. Die Besprechung ergab Uebereinstimmung dahin, daß alle anwesenden Vertreter vorbehaltlos auf dem Boden der Reichseinheit stehen und daß alle Versuche, die — gewollt oder ungewollt — die Reichseinheit zu zerstören und die Autorität der Reichsregierung zu untergraben geeignet sind, verurteilt werden.

Ein Aufruf der deutschen Volkspartei.

Berlin, 22. Okt. Wie die Blätter aus München melden, veröffentlicht die Deutsche Volkspartei einen Aufruf, in dem es heißt: Bismarcks Vermächtnis wankt in seinen Grundfesten. Wir vermögen die Streitfrage in diesem ganz unseligen Bruderkampf schon deshalb nicht zu lösen, weil uns die nötigen Unterlagen dazu fehlen. Aber über allen Rechts-, Macht- und Personenfragen ist der einzige Gedanke: Das Reich muß uns bleiben. Deshalb wenden wir uns in dieser verhängnisvollen Stunde an die Reichsregierung, den Staatskommissar von Kahr und das bayerische Staatsministerium mit der Bitte, den drohenden Bruch zu verhindern. Wir wenden uns an alle, die sich gute Deutsche nennen, mit der Bitte: Stellt das Trennende beiseite; schart Euch um uns; haltet das Reich!

Die bayerische Sozialdemokratie für die Erhaltung der Reichseinheit.

Berlin, 23. Okt. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus München nimmt die bayerische sozialdemokratische Landtagsfraktion zu den Ereignissen in einer Erklärung Stellung, in der es heißt: Bayerische Volksgenossen! Die Sozialdemokratie weiß sich eins mit Euch in der Liebe zur bayerischen Heimat, aber sie weiß auch, daß das bayerische Volk in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht nur Geltung finden kann als bewußt und hingebend sich einfügender Teil eines großen einigen Deutschen Reiches. Deshalb wird die Sozialdemokratie auch in dieser Stunde höchster Not nichts unversucht lassen, um den Zerfall des Reiches aufzuhalten und die gelockerte Einheit wieder zu festigen. Treu dem Reich, erst recht in den Stunden seiner

größten Not! — Die Landtagsfraktion hat einstimmig beschlo-

fen, die Einberufung des Landtages herbeizuführen.
Nürnberg, 22. Okt. In der „Fränkischen Tagespost“ richtet der Bezirksvorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Frankens einen Aufruf an die Parteimitglieder, in dem er sie auffordert, sich von keiner Seite mißbrauchen zu lassen und nur auf die Weisungen der Parteileitung zu hören. Weiter heißt es in dem Aufruf: Unser ganzes Tun und Denken ist auf Seiten des Reiches. Wir fühlen uns mit dem Reich verbunden. Unsere Kräfte dienen nur dem Gedanken der Erhaltung der Reichseinheit.

Die Lage in Sachsen.

Eine Bekanntmachung des sächsischen Befehlshabers.

Dresden, 20. Okt. Der Befehlshaber des Wehrkreis-Kommandos IV, Generalleutnant Müller, hat an die Bevölkerung eine Bekanntmachung gerichtet, in der es u. a. heißt: Unter Drohungen mit Gewalttätigkeiten erfolgen Eingriffe in die Gütererzeugung und Bewirtschaftung der Lebensmittel. Die Tätllichkeiten richten sich in gleicher Weise gegen den Arbeitnehmer wie den Arbeitgeber. Arbeitswillige werden aus den Werkstätten herausgeholt und von der Arbeitsstätte ferngehalten. Von den Betrieben werden Geldsummen erpreßt, die sie nicht mehr bezahlen können. Die Herrgabel von Lebensmitteln wird in gleicher Weise erzwungen. Hierdurch muß sich die Not des Volkes ins Unerträgliche steigern. Die Wirtschaftskreise außerhalb Sachsens haben zum Freistaat Sachsen das Vertrauen verloren. Dieses wirtschaftliche Chaos ist gewollt von denen, die aus Mergernis das schwer geprüfte Volk nicht zur Ruhe kommen lassen wollen. Ein solches Verhalten ist Hochverrat gegenüber dem Reich. Ihrer verantwortungsvollen Aufgabe gegenüber allen Schichten des Volkes sich wohl bewußt, entschloß sich die Reichsregierung, durch Einsatz von Truppen Ordnung zu schaffen. Wer sich der Durchführung der für notwendig erachteten Maßnahmen mit Waffengewalt entgegenstellt und wer mit Waffen plündert, läuft Gefahr, erschossen zu werden. Ich vertraue auf die Mitwirkung aller verfassungstreuen und besonnenen Kreise der Bevölkerung. Die Truppen bringen ihre eigene Verpflegung mit und werden also in dieser Hinsicht der Bevölkerung in keiner Weise zur Last fallen.

Der sächsische Wehrkreis-Kommandant an den Ministerpräsidenten.

Dresden, 20. Okt. (Wolff.) Das Wehrkreis-Kommando teilt mit: Nachstehendes Schreiben wurde heute nachmittags 1 1/2 Uhr dem Ministerpräsidenten Zeigner überreicht: Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! Entsprechend der Darlegung in meinem Brief 1 c 3574/23 vom 18. Oktober stellte ich im Hinblick auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten im Landtage die Entschliebung über weitere Maßnahmen dem Herrn Reichswehrminister anheim. Die Reichsregierung hat sich schlüssig gemacht. Ich bin beauftragt, im Freistaat Sachsen mit den zur Verfügung stehenden und zur Verstärkung zur Verfügung gestellten Machtmitteln verfassungsmäßige und geordnete Verhältnisse wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Ihnen hiervon gebührend Kenntnis zu geben, will ich nicht verfehlen. Die Gründe für das Eingreifen der Reichswehr werden vor diesem der Bevölkerung bekannt gegeben werden. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die von der Reichsregierung im Interesse des Gesamtvolkes für nötig erachteten Maßnahmen die volle Billigung und tatkräftige Förderung der Regierung des Freistaates Sachsen finden werden. Insbesondere vertraue ich darauf, daß es Ihnen, Herr Ministerpräsident, gelingt, die bei den kommunistischen Mitgliedern der Regierung offensichtlich vorhandenen Bestrebungen, die sich gegen die Grundlagen der Reichsverfassung zu wenden drohen, in den richtigen Schranken zu halten. Nur so wird die überaus schwierige Aufgabe zu lösen sein, die schwer ershöttenden Zustände im Freistaat Sachsen verfassungsmäßig wiederherzustellen. Mit vorzüglicher Hochachtung (gez.) Müller, Generalleutnant.

Die Reichswehrverstärkungen in Sachsen.

Dresden, 22. Okt. Ueber den Truppeneinsatz im Freistaat Sachsen erfahren wir folgendes: Die zur Herstellung von verfassungsmäßigen Zuständen bestimmten Truppen haben sich planmäßig ohne jeden Zwischenfall am 21. Oktober unter Führung des Generals Felsch im Raume Königsbrunn-Bischopswerder—Dresden, unter Führung des Generals von Ledebour im Raume Leipzig—Eilenburg und unter Führung des Obersten Föhrenbach am Hof versammelt. Bei den um Hof versammelten Truppen handelt es sich um württembergische Verbände. Am 22. Oktober haben die Truppen den Vormarsch angetreten. Sie werden an diesem Tage die Gegend von Lehmen und die Gegend nördlich Dresden und Meissen auf der Linie Kauenhof—Wurzen und Delsnitz—Plauen erreichen. Auf die Kavallerie, die in Meissen einrückte, wurde geschossen. Die Truppe erwiderte das Feuer. Es gab mehrere Verletzte. Der Kommunistenführer Kupke wurde verhaftet. Morgen Vormittag wird der Befehlshaber, Generalleutnant Müller, die an diesem Tage durch die Stadt Dresden marschierenden Truppen am Neupfänder Rathaus an sich vorbeimarschieren lassen.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Die französische Verschleppungspolitik bezüglich der Wiederaufnahme der Eisenbahnen.

Die Franzosen „prüfen“.

Paris, 22. Okt. Havas meldet aus Düsseldorf: Bisher haben sich 69 000 Eisenbahner zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet. Alle Anträge werden geprüft. Die Ein-

stellungen erfolgen nach Maßgabe der Notwendigkeiten und Möglichkeiten.

Wieder eine ergebnislose Besprechung zwischen den Ruhrindustriellen und den Franzosen.

Berlin, 23. Okt. Wie die „Börsische Zeitung“ aus Gelsenkirchen meldet, sind die gestrigen Verhandlungen der Herren Stinnes, Klöcker und Böglers mit der französisch-belgischen Ingenieurkommission ergebnislos verlaufen. Die Industriellen erklärten die Erfüllung der Forderung nach Bezahlung der Kohlensteuer für unmöglich. Unter diesen Umständen könnten sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen und die Verantwortlichkeit für die Arbeitslosigkeit u. ihre Folgen falle auf die Militären zurück.

Amerikanische Scheinheiligkeit.

Paris, 22. Okt. Wie der „Newport Herald“ aus Washington berichtet, hat im Fundierungsausschuß über die europäischen Kriegsschulden vorgestern Senator Smoots die Ansicht geäußert, es solle eine Sachverständigenkommission nach Deutschland gesandt werden, um über die deutsche Zahlungsfähigkeit Bericht zu erstatten. Das Mitglied des Repräsentantenhauses, Duxton, habe erklärt, er sei bereit, als unparteiischer Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland zu fungieren, falls es gewünscht werde.

Die Deutsch-Amerikaner für finanzielle Unterstützung Deutschlands.

Newport, 22. Okt. (Durch Funkpruch.) Auf dem von den Vereinigungen der Deutschen Newporters veranstalteten Deutschen Tag wurde einstimmig unter stürmischer Zustimmung von 5000 Anwesenden eine Entschliebung angenommen, worin die 7 500 000 amerikanischen Bürger deutscher Herkunft aufgerufen werden, Deutschland in der Stunde der Gefahr zu helfen, und worin deren Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit gelenkt wird, für eine angemessene finanzielle Unterstützung zu sorgen, um Deutschland, ehe es auseinanderfällt, wieder aufzurichten.

Die Ausrufung der „Rheinischen Republik“ unter französischem Schutze.

Die Ausdehnung der Rutschbewegung.

Euskirchen, 22. Okt. Gestern nachmittags fand hier eine Versammlung der Sonderbündler statt, an der Dr. Kremer sprach. Die Versammlung war nur von etwa 40 Personen besucht.

Schweiler, 22. Okt. Gestern nachmittags erschienen einige Abgeordnete der sogenannten Rheinischen Republik bei der Stadtverwaltung und dem geschäftsführenden Beigeordneten der Stadt, um mit ihnen über die Errichtung der Rheinischen Republik zu verhandeln. Sowohl die Polizeiverwaltung als auch die städtische Verwaltung befinden sich noch fest in der Hand der rechtmäßigen Gewalt. In der Polizeiwache steht allerdings ein sonderbündlerischer Posten.

Nachen, 22. Okt. Die Sonderbündler haben von den hiesigen Zeitungen verlangt, daß sie sich unter ihre Zensur stellen oder ihr Erscheinen einstellen. Heute finden Verhandlungen der Zeitungsverleger über dieses Ansinnen statt.

Düren, 22. Okt. Den Dürener Zeitungen ist ein von Matthes und Clewinghausen unterzeichneter Aufruf zur Veröffentlichung übergeben worden, in dem es u. a. heißt: Versammlungen sind verboten. Zeitschriften und Druckschriften dürfen nur mit unserer Genehmigung erscheinen. Die Unabhängige Rheinische Republik ist erklärt. Die Bollzugsgewalt liegt für das ganze Gebiet in den Händen der Exekutive, die Bezirks- und Ortskommissare als ihre Stellvertreter ernannt. Die Lebensmittelversorgung ist sichergestellt. Requisitionen werden nur in allerdringlichstem Umfang angenommen.

Paris, 22. Okt. Havas berichtet aus Düsseldorf von gestern Abend: Bis jetzt beschränkt sich die Bewegung auf Nachen und die unmittelbare Umgebung dieses Orts, Würzelen, Stolberg und Herzogenrath. Auch diese Orte sind von den Sonderbündlern besetzt worden. Die Sonderbündler haben die Absicht angekündigt, ihre Aktion nach diese Nacht zu erweitern und nach Cresfeld und München-Gladbach zu marschieren.

Die Gefahr für das Ruhrgebiet durch die innerpolitischen Ereignisse.

Berlin, 23. Okt. Aus gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebietes wird uns mitgeteilt: Die Entwicklung der Verhältnisse in Bayern und der Nachener Handreich haben die ohnehin kritische Situation im Ruhrgebiet bis zum Äußersten verschärft. In allen politisch führenden Kreisen wird mit großer Eindeutigkeit betont, daß das Zusammentreffen der Ereignisse in München und Nachen der schwerste Schlag, der das besetzte Gebiet in dieser entscheidungsschweren Stunde habe treffen können, war. Die Auffassung weitester Kreise gehe dahin, daß die maßgebenden französischen Kreise die Weiterentwicklung der innerdeutschen Verhältnisse abwarten wollten. Der Nachener Handreich wiederum wird mit der Zuspitzung der Lage an der Ruhr auch in direkte Verbindung gebracht. Es darf kein Zweifel bestehen, darüber, daß ihre Auswirkungen die Lage im Ruhrgebiet am schwersten belasten. Wenn auch die separatistische Propaganda im Ruhrgebiet in den letzten Wochen sich gesteigert hat, so besteht doch zu besonderen Befürchtungen von dieser Seite her kein Anlaß. Dagegen darf nicht verhehelt werden, daß die politischen Kreise des Auslandes, die hinter den Sonderbündlern stehen, jetzt mit allen Mitteln dahin arbeiten werden, um auch die Abtrennung des Ruhrgebietes politisch durchzuführen. Der Ausgang der laufenden Verhandlungen wird erweisen, wie stark die Kreise sind, die vorläufig auf indirektem Wege die politische Abtrennung des Ruhrgebietes durchzuführen versuchen. Wie mitgeteilt wird, haben die großen Werke von H&K und der Union Feierschichten für die ganze Woche eingelegt.

Deutschland.

Der neue Reichsernährungsminister.

Berlin, 22. Okt. Reichstagsabgeordneter Graf Kanitz wird zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernannt werden. Er ist aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten.

Die Unruhen im Innern.

Berlin, 22. Okt. Heute nachmittags kam es vor vielen Bäckereien und Lebensmittelgeschäften zu Ansammlungen, die aber nur in vereinzelten Fällen Plünderungen zur Folge hatten. Besonders starke Zusammenrottungen fanden vor der Markthalle in der Ackerstraße statt. Zwei junge Burischen zerschmetterten mit Drahtseilen die Gitter an zwei Schlächterläden in der Halle, zertrümmerten die Schaufenster und raubten, was sie erreichen konnten. Infolge des entstehenden Gedränges mußte die Markthalle geräumt werden.

Gründung

der Deutschen Rentenbank.

Berlin, 21. Okt. Gestern nachmittags vollzog sich im Reichsfinanzministerium der Gründungsakt der Deutschen Rentenbank. Reichsfinanzminister Dr. Luther begrüßte die Gründer mit einer kurzen Ansprache, wobei er auf folgende Punkte hinwies: Der Entschluß der Wirtschaft, die Gründung einer Deutschen Rentenbank zu vollziehen, bedeutet einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Gesundung der deutschen Zahlungsverhältnisse und der deutschen Finanzen. Die in diesem Akt zum Ausdruck kommende Solidarität der Erwerbsstände ist die beste Stütze des Vertrauens für die von der Deutschen Rentenbank auszugehenden Zahlungsmittel. Die Deutsche Rentenbank wird durch Emission der Rentenbankcheine dem Verkehr das von ihm dringend benötigte wertbeständige Zahlungsmittel in dem Augenblick verschaffen, in dem durch die Hereinbringung der Ernte die Volksernährung in Deutschland auch im neuen Wirtschaftsjahr gesichert werden soll. Nicht minder wichtig ist die Entlastung, die sich für die Reichsbank ergibt. Diese wird nunmehr infolge der Ablösung der schwebenden Schuld des Reichs Reichsbanknoten in entsprechendem Umfang aus dem Verkehr ziehen können. Die hierdurch zu erwartende wesentlich bessere Bewertung der Papiernark wird auf das Preisniveau einen maßgebenden Einfluß ausüben und beruhigend wirken. Auch für die Entwicklung der Reichsfinanzen bedeutet die Errichtung der Rentenbank einen Wendepunkt, da das Reich auf die unbeschränkte Inanspruchnahme der Notenpresse verzichtet hat.

Darauf wählten die Gründer den Aufsichtsrat und aus dem Kreis der Aufsichtsratsmitglieder einen Verwaltungsrat. Dieser umfaßt folgende Mitglieder: 1. Dr. Brandes, Vorsitzender des Deutschen Landwirtschaftsrates, 2. Dr. August Erone-Münzbrod, Mitglied des Reichswirtschaftsrates und des preussischen Landestages und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Vereinigung deutscher Bauernvereine, 3. Geheimer Justizrat Herrm. Dietrich, Vizepräsident des Reichstages, Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates und Vorsitzender des Vorstandes des Zentralverbandes der deutschen Raiffeisengenossenschaften, 4. Regierungsrat Genes, Mitglied des Reichswirtschaftsrates und Anwalt des Reichsverbandes der deutschen Landwirtschaftsgenossenschaften, 5. Geh. Landesökonomierat Dr. Georg Heim, Mitglied des Reichstages, Vorstandsmitglied der Vereinigung der deutschen Bauernvereine und Ehrenpräsident des Bayerischen Bauernvereins, 6. Hermann Hiller-Spiegelberg, Vorsitzender des Reichslandbundes, 7. Dr. Gustav Köfide-Görsdorf, Mitglied des Reichstages und des Reichswirtschaftsrates, Vorsitzender des Reichslandbundes, 8. Geheimerat Hermann Bücher, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, 9. Dr. Karl Friedrich von Siemens, Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates, 10. Dr. Karl Sorge, Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie, 11. Kommerzienrat Paul Willington-Herrmann, Direktor der Deutschen Bank, 12. Franz Urbig, Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, 13. Otto Reinath, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, 14. Heinrich Grünfeld, Vorsitzender der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Zum Präsidenten der Deutschen Rentenbank wurde der ehemalige Finanzminister Dr. Lenke gewählt.

Ausland.

Eine neue Militärrevolte in Griechenland.

London, 23. Okt. Reuter meldet aus Athen: Eine Militärrevolte ist ausgebrochen, an der 2000 Mann mit 6 Geschützen unter dem royalistischen General Metaxas beteiligt sind.

Rudolf Eucken in Finnland.

Helsingfors, 19. Okt. Geheimrat Rudolf Eucken, der von der Universität Helsingfors eingeladen war, ist am Montag hier eingetroffen. In einer Unterredung mit Pressevertretern wandte er sich gegen die übertriebene Schwarzseherei der deutschen Verhältnisse im Ausland. Er schilderte die Lage des gebildeten Mittelstandes und betonte, am schwierigsten sei die Lage der reinen Geisteskultur, namentlich der Studierenden. Immer noch zähle die Arbeitsenergie des deutschen Volkes und erfülle es mit Mut und Zuversicht. Im Namen der Regierung bejubelten der Kultus- und der Sozialminister Eucken und drückten ihm die Gefühle der Dankbarkeit und Verehrung für Euckens Denkerarbeit und sein mutvolles Eintreten für Finnland gegenüber der russischen Unterdrückung aus.

Nach de
der franz
Eisenbah
Ausweitu
es könne
Rückkehr
Bestrebun
hin, zu er
genomme
verwirkli
sen die
kleiben,
nung d
gemäß
Verhältn
und Leb
der Ange
Ausgewi
Lage zur
freunds
nach wie
gemeinde
zu helfen
Infolg
Reichsdr
der Lage
reichende
barer Ze
gänglich
in größer
einem G
genomme
men (z. B.
(Einzahl
geschriebe
Verzug,
beträge
wird.
Der ne
den 24. b
1 Liter F
(GG)
des Land
Beratung
4 lag ein
ehelich
Erblasser
lichen R
gleichgest
men der
abgelehnt
darüber,
des Guts
kann jed
hängig ge
ein Schlie
tratie wo
gericht
weg offen
B., B.B.
lehnt. B
auf das
nommen
48)
Da m
„Du h
Stimme.
„Ja.“
Pflicht, un
oder nicht
Da rid
ihren Klare
„Ich fo
sie mit fest
„Nun,
Ihr Vater.
Seit S
graphisch
Stimmung
weit gefor
früher kau
schon die
waren, so
Nächten, in
folgte sie d
würde, we
daß sie ni
Vorstellung
und sich fü
Die sch
Lage imm

Aus Stadt und Land.

Calw, den 23. Oktober 1923.

Noch keine Klarheit über das Schicksal der ausgewiesenen Eisenbahner.

Nach dem bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen mit der franz. Eisenbahnregie über die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs im besetzten Gebiete sollen zwar weitere Ausweisungen des Eisenbahnpersonals ausgelehnt werden, es könne aber leider mit einer alsbaldigen allgemeinen Rückkehr der Ausgewiesenen nicht gerechnet werden. Die Bestrebungen der deutschen Regierung gehen natürlich dahin, zu erreichen, daß die Ausgewiesenen vollständig zurückgenommen werden, in welchem Umfange sich diese Hoffnung verwirklichen wird, steht allerdings dahin. Inzwischen müssen die Ausgewiesenen weiter in ihren Behelfswohnungen bleiben. Ganz abgesehen davon, daß ihre seelische Stimmung durch die lange Trennung von der Heimat naturgemäß schwer leiden muß, befinden sie sich in sehr mißlichen Verhältnissen, weil sie sich mit Vorräten an Brennstoffen und Lebensmitteln, insbesondere mit Kartoffeln, wegen der Ungewißheit ihrer Lage nicht eindecken konnten. Die Ausgewiesenen, die wider ihren Willen in dieser peinlichen Lage zurückgehalten werden, müssen also die gebotene Gastfreundschaft noch weiter in Anspruch nehmen und bedürfen nach wie vor der verständnisvollen Beihilfe der Zufluchtsgemeinden und überhaupt aller, die in der Lage sind, ihnen zu helfen.

Mangel an Einkommensteuermarken.

Infolge der Entwicklung der Geldverhältnisse war die Reichsdruckerei besonders in der letzten Zeit nicht mehr in der Lage, den Bedarf an Einkommensteuermarken in ausreichender Weise zu befriedigen und es besteht in absehbarer Zeit auch nicht die Aussicht, diesen Markenmangel gänzlich zu beseitigen, solange noch das Markenverfahren in größerem Umfang als notwendig angewandt wird. Nach einem Erlaß des Reichsfinanzministeriums ist in Aussicht genommen, daß über kurz oder lang mit gewissen Ausnahmen (z. B. für Kleinbetriebe) das Ueberweisungsverfahren (Einzahlung an die Finanzstellen) allgemein bindend vorgeschrieben werden soll. Dieses Verfahren hat den großen Vorzug, daß die Ablieferung der einbehaltenen Steuerbeträge nicht durch zeitweiligen Markenmangel gehemmt wird.

Der neue Erzeugermilchpreis.

Der neue Erzeugermilchpreis für die Zeit vom Mittwoch, den 24. bis Freitag, den 26. Oktober einschließlich beträgt für 1 Liter Frischmilch frei Sammelstelle 200 Millionen Mark.

Fideikommissauschuß.

(S.C.B.) Stuttgart, 20. Okt. Der Fideikommissauschuß des Landtags setzte gestern Abend und heute Vormittag die Beratung des Gesetzes über das Anerbenrecht fort. Zu Art. 4 lag ein Antrag Winkler vor, wonach an Stelle des Wortes „erbliche Abkömmlinge“ „erberechtigte Abkömmlinge“ des Erblassers gesetzt werden sollten, damit auch die unehelichen Kinder in Bezug auf das Anerbenrecht den ehelichen gleichgestellt werden. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und eines Teils der Demokraten abgelehnt. Bei Artikel 6 ergab sich eine längere Erörterung darüber, welche Instanz einem Streit über die Berechnung des Gutswertes zu entscheiden habe. Nach dem Entwurf kann jeder Beteiligte, bevor ein Rechtsstreit darüber anhängig geworden ist, die Festsetzung des Gutswertes durch ein Schiedsgericht verlangen. Ein Antrag der Sozialdemokratie wollte in allen Fällen, also auch wenn das Schiedsgericht schon entschieden hat, noch den ordentlichen Rechtsweg offen lassen. Der Antrag wurde mit 9 Nein (Ztr., D. W., B.W., B.P.) und gegen 6 Ja (D.D.P. und S.) abgelehnt. Bei Artikel 7 verlangte ein Antrag Winkler, daß auf das Anerbengut die darauf lastenden Hypotheken übernommen werden sollten. Der Entwurf will diese Hypothe-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betr. Erwerbslosenfürsorge.

Die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung betragen mit Wirkung vom 15. Oktober 1923 ab:

	in den Orten der Ortsklassen	
	C	D und E.
	Mark	Mark
	Millionen	
1. für männliche Personen:		
a) über 21 Jahren	1 040	960
b) unter 21 Jahren	620	570
2. für weibliche Personen:		
a) über 21 Jahren	840	780
b) unter 21 Jahren	480	440
3. als Familienzuschläge für:		
a) den Ehegatten	380	350
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	320	300

Die bisherige Unterscheidung zwischen Personen über 21 Jahren mit eigenem Haushalt oder in fremdem Haushalt fällt weg.

Calw, den 22. Oktober 1923.

Oberamt: Bögel Amtmann.

Bekanntmachung

des Württ. Oberversicherungsamts über die Ortslöhne vom 17. Oktober 1923 A. 28. 347.

Um das Verfahren bei Festsetzung der Ortslöhne zu vereinfachen und zu verbilligen, werden diese vom Montag, den 22. Oktober 1923 ab bis auf weiteres folgendermaßen festgesetzt: Als Grundbeträge dienen nachstehende Lohnsätze:

Lohngruppe	unter 16 Jahren		von 16—21 Jahren		über 21 Jahre	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
I	1.50	1.00	2.50	1.50	3.50	2.00
II	1.20	—80	2.00	1.20	3.00	1.70
III	1.00	—70	1.50	1.00	2.40	1.50

Diese Grundbeträge werden mit der jeweils im Staatsanzeiger zur Veröffentlichung gelangenden Reichsrichtzahl der Lebenshaltungskosten vervielfacht. Die sich ergebenden Zahlen werden nötigenfalls auf volle Millionen aufgerundet, bei Teilzahlen von 500 000 und mehr, und auf volle Millionen abgerundet bei Teilzahlen unter 500 000.

Die neuen Ortslöhne treten jeweils am Montag der Woche in Kraft, in der die betreffende Reichsrichtzahl im Staatsanzeiger veröffentlicht wird. Sie werden im Amtsblatt des Ministeriums des Innern bis auf weiteres nicht mehr bekanntgemacht, jedoch aus der Württ. Krankenkassenzeitung zu ersehen sein.

Pfleiderer.

ken, soweit das Vermögen dazu ausreicht, mit den übrigen Vermögen verrechnen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Artikel 8 behandelt den Voraus des Anerben, der auf ein Viertel festgesetzt ist. Ein soz. Antrag wollte die Streichung dieses Voraus, ein demokr. Antrag nur ein Fünftel. Die Regierung führte aus, daß in den übrigen deutschen Ländern, besonders in Hannover auf Grund langjähriger Erfahrung ein Drittel als Voraus sich bewährt habe. Es solle daher womöglich nicht unter den von der Regierung vorgeschlagenen Satz heruntergegangen werden. Der soz. Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der demokratische Antrag gegen 8 Ja (Soz., D.D.P.). Zu Artikel 9, der die Sicherstellung der Anteile der Miterben am Gutswert regelt, lag ein Antrag Ströbel-Bock vor, wonach die Höhe der einzelnen jährlichen Teilbeträge der Miterben in inländischem Weizen festzusetzen und nach einem Durchschnittspreis in Geld zu leisten ist. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der D.D.P. angenommen. Fortsetzung Mittwoch nachmittag.

Anzeigen-Schlüsselzahl 12 090 000

Vorgehen gegen die Kommunisten.

(S.C.B.) Badnang, 21. Okt. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Als gestern Morgen auf Veranlassung des Wehrkreiskommandeurs auch hier einige kommunistische Agitatoren verhaftet worden waren, rottete sich eine größere Zahl von Arbeitern zusammen, um den Abtransport der Verhafteten zu verhindern. Die Betriebe wurden stillgelegt und die sich ansammelnde Menge nahm gegen die Polizeibeamten eine drohende Haltung ein. Schließlich gelang es, ohne daß es zu ernststen Zwischenfällen kam, die in Schutzhaft Genommenen mit dem Auto abzutransportieren. Eine Kompanie Reichswehr, die zufällig durch die hiesige Station fuhr und ausgeladen wurde, brauchte nicht mehr einzugreifen. Da die Lage zunächst als bedrohlich anzusehen war, wurde auch ein größeres Kommando staatlicher Schutzpolizei aus Stuttgart mit Kraftwagen nach Badnang abgeleitet. Bei seiner Ankunft war die Ruhe jedoch schon wieder hergestellt, sodaß alsbald die Rückkehr erfolgen konnte. — Der „Murrthalbote“ schreibt zu dem Vorfall: Stadtschultheiß Dr. Eisenhardt erklärt, daß die Verhaftungen über den Kopf der hiesigen Polizei hinweg, die von der ganzen Sachlage nicht unterrichtet war, erfolgten. Trotz zweimaliger Rücksprache mit dem Polizeipräsidenten Stuttgart, die beiden Verhafteten freizulassen und die Verantwortung in die Hände des Stadtvorstandes zu geben, bestand das Polizeipräsidentium darauf, daß die Verhaftung durchgeführt werde. Sowohl die Verhafteten, als auch die anderen Führer der Arbeiterschaft bemühten sich, beruhigend auf die versammelten Massen einzuwirken, daß die Abfahrt nach Stuttgart freigegeben werden solle. Sie konnte dann nach 9 Uhr vor sich gehen. Ein Zwischenfall wurde noch dadurch hervorgerufen, daß von mehreren Arbeitern Studienrat Sautter ergriffen und durchsucht wurde. Man fand Revolver und Munition. Sautter ist gleichfalls im Auto der Reichswehr mit nach Stuttgart genommen worden.

(S.C.B.) Stuttgart, 22. Okt. Der Militärbefehlshaber hat das Erscheinen der „Südd. Arbeiterz.“ auf die Dauer von 14 Tagen vom 22. Oktober bis 4. November 1923 einschl. verboten. Die am Samstag beschlagnahmte Nummer der „Südd. Arbeiterz.“ hatte in verschiedenen Artikeln zum Generalfreist aufgefördert.

(S.C.B.) Nürtingen, 22. Okt. Hier ist ein „Bürgerbund für Ruhe und Ordnung“ gegründet worden. Er will unfer öffentliches Leben in geordnete Bahnen verweisen und im Notfall seinen Mitgliedern gegenseitig Schutz und Hilfe bereiten. Er setzt sich entschlossen ein zur Abwehr etwaiger Ausschreitungen und zur Erhaltung lebenswichtiger öffentlicher Betriebe wie auch des privaten Eigentums.

(S.C.B.) Oberndorf a. N., 22. Okt. Eine gut besuchte Landwirtschafterversammlung auf dem Rathaus zu Hochmössingen, in der Stadtschultheiß Bayer und Gemeinderat Knäble in eindringlichen Worten die schlechte Kartoffelversorgung namentlich der weniger leistungsfähigen Kreise schilderten, führte lt. „Schwarzw. Boten“ zu dem Ergebnis, daß sich die Erzeuger verpflichteten, der Stadtverwaltung Kartoffeln zum Preise von 2,3 Milliarden zu liefern. Andern Tags erfolgte eine Sammlung von Haus zu Haus mit dem Ergebnis, daß jeder Erzeuger 1—3 Zentner mit entsprechendem Uebergewicht abgab. Auf diese Weise konnten über 200 Zentner gesammelt werden. Die Nachbargemeinde Wingen will dieses gute Beispiel ebenfalls in die Tat umsetzen. Mögen die umliegenden Gemeinden das selbe tun. Die Stadt wäre dann in die Lage versetzt, den Sozialrentnern, Kapitalkleinrentnern usw. Kartoffeln in beschränktem Maßstabe abzugeben, wodurch dann dieser Teil der Bevölkerung für die nächste Zeit wenigstens vor Hunger geschützt wäre. Der städt. Schafpächter Keel stellte 10 Zentner unentgeltlich zur Verfügung.

(S.C.B.) Witzheim, O.N. Spaichingen, 22. Okt. Die kürzlich gemeldete Sprengung des Bienenstandes von Oberlehrer Maier, wodurch diesem ein Schaden von ca. 50 Milliarden entstand, ist aufgeklärt. Haupttäter und Anstifter sind der ledige, 20 Jahre

Steffani Drehfa.

Roman von Alexandra v. Bosse.

Da wurde Steffani blaß und sah auf einmal ganz elend aus. „Du hast ihn zurückgerufen?“ fragte sie mit gepreßter Stimme. „Ja.“ Wagnitz räusperte sich stark. „Ich hielt es für meine Pflicht, und — ich denke, das muß dir doch auch recht sein . . . oder nicht?“ Da richtete Steffani sich stolz auf und sah den Vater mit ihren klaren Augen ruhig an. „Ich kann seinem Kommen mit Ruhe entgegensehen!“ sagte sie mit fester Stimme. „Nun, es soll mich freuen, wenn du das kannst!“ erwiderte ihr Vater.

Seit Steffani wußte, daß Rüdiger durch ihren Vater telegraphisch heimgerufen war, begann sie von neuem verzweifelt Stimmungen anheimzufallen. Sie war in ihren Grübeleien so weit gekommen, daß sie die geringsten Kleinigkeiten, die sie früher kaum beachtet, als schwere Belastung empfand. Wenn schon die Tage für sie in ihrer Vereinsamung schwer zu ertragen waren, so fürchtete sie sich seit einiger Zeit vor den langen, stillen Nächten, in denen sie keine Ruhe fand. Bis in den Schlaf versorgte sie die ständig nagende, zehrende Sorge, was Rüdiger tun würde, wenn er zurückkam und wie alle anderen finden würde, daß sie nicht ohne Schuld sein konnte. Sie erschauerte bei der Vorstellung, daß Rüdiger sich von ihrer Schuld überzeugen lassen und sich für immer von ihr abwenden würde.

Die schlaflosen Nächte, die trübten Gedanken, die sie auch bei Tage immer peiniger und hartnäckiger bekamen, griffen Stef-

anis Gesundheit nach und nach sehr an, und sie, die immer auf ihre starke Natur gepoht, wurde reizbar, erschrak bei dem geringsten unerwarteten Geräusch und bekam Herzklopfen, wenn sie rasch sich nähernde Schritte vernahm. Zuweilen weinte sie ohne jeden Grund.

Eines Tages besuchte Nenni sie. Die Schwester war immer voll Aufregung und hatte allerlei zu berichten. Sie klagte, daß das Gerede noch immer nicht zur Ruhe kommen wolle, und daß der Vater sich weiter durch Tante Hermine aufheben ließe. In ihrer ahnungslos taktarmen Weise sagte sie: „Es ist geradezu abstoßend und unerträglich. Die Leute tuscheln, und kommt man heran, verstummen sie schnell. Dann weiß ich immer, daß sie von dir gesprochen haben. Frau v. Blinsky erzählt laut überall herum, wie sie dir und Treben eines Abends im Hotel begegnet sei, gerade als ihr ein gemeinsames Zusammentreffen verabredet. Ist das denn wahr?“

Steffani zuckte die Achseln. Nennis Geschwätz schmerzte sie so, daß sie vor Pein hätte aufschreien können.

„Weißt du, daß Blinsky sich scheiden lassen?“ fragte Nenni, und als Steffani verneinte, erzählte sie aufgeregt: „Denke doch! Und weil er das Geld hat, haben sie vereinbart, daß sie die Schuld auf sich nimmt, dafür zahlt er ihr eine hohe Rente und behält die Kinder, aus denen sie sich ja doch nichts macht. Die Blinsky erzählt das selbst.“

Plötzlich brach Nenni ab und faltete, wie in plötzlichem Schreden, die Hände.

„Steffi, wenn nur Rüdiger sich nicht auch von dir scheiden läßt!“ rief sie aus.

Steffani blickte die Schwester ganz starr an, dann legte sie die Hand vor die Augen, und lautloses Schluchzen erschütterte

ihren Körper. Nenni war so überrascht, daß sie mit offenem Mund und gefalteten Händen sprachlos blieb.

„Steffi — aber Steffi . . .“ stammelte sie und versuchte die Schwester zu umarmen. Steffani erhob sich und trodnete hastig die Tränen, die ihr vergrümltes Gesicht überströmten.

„Bitte, geh jetzt, Nenni, laß mich allein!“ bat sie gequält.

„Aber — Steffi . . .“

„Ich kann dich nicht länger anhören! Das ist alles so widerlich.“

Nenni erhob sich gekränkt.

„Wenn du mich gehen heißt . . .“

„Nimm es nicht übel,“ bat Steffani. „Ich bin nicht mehr so widerstandsfähig und unempfindlich wie sonst.“

Nenni verabschiedete sich steif; ehe sie ging, sagte sie noch, die Augen zusammenkneifend: „Wenn man sieht, wie du dich in letzter Zeit verändert hast, könnte man wirklich glauben, du habest ein schlechtes Gewissen!“

Das war ihre Rache für die Kränkung.

Steffani suchte Trost und Zerstreuung bei ihren Kindern, aber wenn sie bei ihnen war und diese sich zärtlich an sie schmiegen, erschreckte sie plötzlich der Gedanke, daß Rüdiger sie vielleicht zwingen würde, die Kinder zu verlassen. Irgendwie hatten die Kleinen es erfahren, daß der Vater bald zurückkommen würde, und seitdem sprach Binschen fortwährend von ihm, fragte immer wieder aufs neue voll ungeduldiger Erwartung, wann er denn kommen würde: „Kommt er morgen? Oder übermorgen? Oder überhaupt wann, Mami?“

So war Steffani nahe daran, geistig und körperlich zusammenzubrochen, als eines Nachmittags ein Telegramm eintraf, das Rüdigers Ankunft für den Abend ankündigte.

(Fortsetzung folgt.)

alte Harmonikmacher Johs. Jaisch und der verheiratete, 30 Jahre alte Schreinermeister Pius Häring. Sie fertigten den Sprengkörper und bingten zur Ausführung der Tat den 17 Jahre alten Landwirtssohn Konrad Mey und den gleichaltrigen Schreiner Josef Hengstler. Die beiden jungen Leute führten gegen eine Belohnung von je 20 Millionen Mark die schändliche Tat aus. Sämtliche Beteiligten, darunter auch der 20 Jahre alte Karl Grimm, der zur Begünstigung der Täter ein falsches Zeugnis gab, sind verhaftet.

(SGB.) Heidenheim, 22. Okt. Die Erwerbslosen der Stadt haben sich vor dem Rathaus versammelt und folgende Forderung eingereicht: Ausbezahlung einer Wirtschaftshilfe von 30 Millionen pro Kopf, Lieferung von je 5 Zentner Kohlen und Kartoffeln, Lieferung verbilligten Brotes und Fetts, unentgeltliche Belieferung mit Milch. Der Stadtvorstand hat bei der Verwaltungsabteilung des Gemeinderats beantragt, die Erwerbslosen aus der Sammlung von Kartoffeln vorzugsweise zu berücksichtigen, ihre Schuldigkeit für Gas und elektrischen Strom zu zahlen, ihre Kinder bis zum Alter von 1 Jahr in den Genuss verbilligter Milch einzubeziehen und ihre Forderungen an das Arbeitsministerium weiterzuleiten. Die Abteilung war mit der Haltung des Stadtvorstands einverstanden.

(SGB.) Oberkochen, 22. Okt. In den nächsten Tagen werden dank der Bemühungen der Gemeindeverwaltung von auswärts 410 Zentner Kartoffeln hier angeliefert im Tausch gegen Holz. Damit dürfte der größte Kartoffelnot gesteuert sein. Durch die späte Kartoffelernte hat sich die Ablieferung verzögert. Anbezahlt wurden als erste Rate 70 Millionen; als zweite wird 1 Milliarde pro Zentner gefordert.

(SGB.) Laupheim, 24. Okt. Einem Landwirt wurden auf seinem Acker 8 Ztr. Kohlraben im Wert von 7 Millionen gestohlen. Als Täter wurden drei Burschen im Alter von 14-15 Jahren von hier ermittelt. Zwei waren im Begriffe, die Kohlraben zu verkaufen. Von dem Erlös wollten sie Zigaretten kaufen.

Handelsregisteramt vom 19. Oktober 1923 bei der Firma Teinacher Holzindustrie, Aktiengesellschaft in Teinach. In der Generalversammlung vom 27. August 1923 wurde die Erhöhung des Grundkapitals um 9 000 000 Mark beschlossen. Die Erhöhung ist durchgeführt. Es werden 100 Vorzugsaktien über je 10 000 Mark zum Kurs von 10 000 Prozent und 8000 Stammaktien über je 1000 Mark, davon 1000 zu 100 000 Prozent, 5000 zu 100 000 Prozent und 2000 zu 350 000 Prozent ausgegeben. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Die Vorzugsaktien haben bei der Belegung des Aufsichtsrats, Venderung von Satzungen, Auflösung der Gesellschaft 20 faches Stimmrecht für je 1000 Mark Nennbetrag einer Aktie.

Amtsgericht Calw.

Stadtgemeinde Calw.

Umherschweifensaffen von Hunden und Katzen.

Es wird wiederholt bekannt gemacht, daß gemäß § 8 der Min.-Verf. vom 27. Februar 1909 (Regierungsbl. Nr. 35) das Umherschweifensaffen von Hunden und Katzen verboten ist und mit Geldstrafe bis zu 10 Milliarden oder mit Haft bestraft wird.

Große Hunde, wie alle raufstigen oder bissigen Hunde müssen außerhalb der Wohnung oder des geschlossenen Hofraumes des Besitzers mit einem das Beißen verhindernden Maulkorb versehen sein.

Calw, den 20. Oktober 1923.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß der Verkauf von Gas und Strom nur vormittags bis 11 1/2 Uhr erfolgt.

Wir müssen mit Rücksicht auf unseren sonstigen Geschäftsfall unbedingt auf Einhaltung dieser Zeit dringen. Telefonische Bestellungen bitten wir zu unterlassen.

Städt. Gas- und Elektrizitätswerk Calw.

2 1/2 Morgen Talwiesen

in Hirsau (Gastwiesen) sind zu verpachten. Näheres in der Strickweberfabrik in Calw zu erfahren.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Fahren Sie nach Amerika



so kostet die Schiffskarte nach New-York III. Klasse 102.50 Dollar; II. Klasse von 125.— Dollar aufwärts. Nach Buenos-Aires (Argentinien) III. Klasse Kammer 14 engl. Pfund, im Wohndeck 12 Pfund; ein Kind unter 1 Jahr nichts; von 1-5 Jahren ein Viertel und von 5-10 Jahren die Hälfte des Fahrpreises. Falls Ihre Verwandten die Preise bezahlen, (prepaid) und für Nordamerika Bürgschaft stellen müssen, (affidavits), so bedienen Sie sich der kostenlosen Auskunft durch die Vertretung der

Hamburg - Amerika - Linie

in Calw: Paul Olpp, Marktpl. 15. Fernspr. 99
Geschäftsstunden: 9-12 und 2-5 Uhr.
(Sonst Panoramastraße.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	39 900 000 000 M.
1 Goldmark	9 523 809 523 M.
1 holl. Gulden	15 561 000 000 M.
1 Schw. Franken	7 112 000 000 M.
1 Franz. Fr.	2 342 000 000 M.

Eine Silbermark — 1 Milliarde Papiermark.

Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 22. Oktober ab bis auf weiteres zum 1 milliardenfachen Betrag des Nennwerts.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(SGB.) Stuttgart, 22. Okt. Die verzweifelte innerpolitische Lage hat den Dollar wahnwütig in die Höhe getrieben und den Effektenmarkt entsprechend in Mitleidenschaft gezogen. Immerhin zeigte sich einige Zurückhaltung bei recht fester Grundstimmung. Von Banken waren höher: Württ. Hypotheken 4000 (10 000), W. Notenbank 20 000 (70 000), Württ. Vereinsbank 2500 (11 500). Von Brauereien: Eßlingen 10 000 (20 000), Kettenmeyer 15 000 (35 000), Rottweil 13 000 (25 000), Württ.-Hohenz. 10 000 (35 000), Wulle 5000 (25 000), von Textilwerten Erlangen 20 000 (50 000), Unterhausen 30 000 (100 000), Bietigheim 30 000 (80 000), Korb u. Schüle 22 000 (40 000), Pfersee 30 000 (60 000), Rotten 60 000 (160 000), Kuchen 60 000 (100 000), Weilberstadt 35 000 (65 000), Eßlingen 50 000 (150 000), Württ. Rattum 50 000 (100 000), Blaubeuren 60 000 (120 000); von Maschinen- und Metallwerten: Daimler 350 (11 000), Tuttlingen 25 000 (125 000), Hohner 100 000 (210 000), Jungbans 11 000 (30 000), Koch 27 000 (70 000), Kraft Altwürttemberg 15 000 (40 000), Magirus 4000 (12 000), Eßlingen 4000 (21 000), Hesser 7000 (17 000), Redarjalm 9000 (21 000), Württ. Metall 100 000 (180 000); von sonstigen Werten: Bad. Anilin 95 000 (160 000), Bremen-Besigh. 30 000 (110 000), Kaiser Otto 2000 (20 000), Leibbrand 6000 (12 000), Krumm 11 000 (20 000), Salz Heilbronn 200 000 (400 000), Stuttgarter Bäder 18 000 (35 000), Stuttg. Gips 50 000 (100 000), Zuder 37 000

(55 000), Union 9000 (18 000), Verein. Del 10 000 (35 000), Ver. Ftz Genoff. 7 Milliarden (12 Milliarden), Württ. Transport 4 (7 Milliarden). Am Freiverkehr machte sich zunächst eine Abschwächung bemerkbar, doch war der Schluß bei steigender Kaufkraft fest.

Landesproduktbörse.

(SGB.) Stuttgart, 22. Okt. Die katastrophalen Vorgänge auf dem Devisenmarkt haben natürlicherweise auch auf dem Getreide- und Mehlmarkt eine ungeheure Steigerung hervorgerufen; Abschlüsse kamen an heutiger Börse unter diesen Umständen nicht zustande. Preisnotierungen sind unmöglich.

Märkte.

(SGB.) Güglingen, 22. Okt. Der Schweinemarkt war besetzt mit 224 Milchschweinen und 34 Läufern. Verkauf wurden 180 Milchschweine, das Paar zu 13-18 Milliarden, 14 Läufer, das Paar zu 28-36 Milliarden Mark.

(SGB.) Mergentheim, 22. Okt. Der Schafmarkt war mit 350 Lämmern, Jährlingen und Schafen besetzt. Die Preise bewegten sich im allgemeinen zwischen 60 und 80 Milliarden für ein Paar; der Höchstpreis war 8 Zentner Weizen. Der Besuch des Marktes war sehr gut, der Handel lebhaft, doch wurde nicht alles verkauft. Man hörte allgemein, daß die Preise künftig nur in Goldmark oder nach dem Weizenpreis genannt werden sollen. — Auf dem Schweinemarkt bewegten sich die Preise von 16-25 Milliarden für das Paar.

(SGB.) Oberkochen, 22. Okt. Der vom Forstamt in Königsbronn abgehaltene Beigeholz- und Reisigerkauf war schwach besucht. Der horrenden Geldwertung entsprechend war das Geschäft flau. Die 37 Km. Scheiterholz und Prügel wurden von den Händlern nach Goldmark bezahlt im Werte zu etwa zwei Dritteln des Friedensausgebots; die 69 gemischten Flächenlose kamen in Papiermarkt zum Verkauf.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw.
Druck und Verlag der H. Zellweger'schen Buchdruckerei, Calw.

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei

Fernsprecher 9 Calw Lederstraße 151

Unser reichhaltiges Schriften- und Siermaterial, sowie vorzügliche maschinelle Einrichtungen ermöglichen uns die Herstellung von

Drucksachen

die in Form und Ausstattung jeder Forderung gerecht werden.



Wem an der Erhaltung eines von keiner Partei- oder Interessenten-Gruppe beeinflussten Lokalblattes gelegen ist, der unterstütze in seinem Teile unser Blatt. Unterstützen kann uns heute jeder durch Wort und Tat.

Wer unser Blatt bereits liest, der sorge dafür, daß sein Nachbar es hält, wer Kaufabschlüsse tätigt auf Grund von Anzeigen, die in unserem Blatte erschienen sind, der nehme Bezug auf unser Blatt.

Wer etwas zu verkaufen hat, der schreibe es in unserm Blatte aus, gerade die kleine Anzeige macht sich bei einem Kauf oder Verkauf durch größeres Angebot oder größere Nachfrage sicher bezahlt.

Wer keine Anzeigen aufzugeben hat, der kann uns durch anderweitige Aufträge unterstützen. Er kann seinen Bedarf an Druckarbeiten, wie Briefbogen, Mitteilungen, Rechnungen, Postkarten, Briefhüllen bei uns decken. Gerade die Notlage des Zeitungs-gewerbes zwingt uns, in unserer Akzidenzdruckerei einen Ausgleich zu suchen. Bedenke jeder, daß die Not der Zeitung, deutsche Not ist.

Schmieh.
Die Gemeinde
verakkordiert im
Submissionswege
100 Fektmeter Lang-
und Beigeholz zum
Fällen.

Angebote wollen eingereicht werden bis spätestens Samstag, den 27. Oktober, nachmittags 1 Uhr.
Der Gemeinderat.

Calw, 23. Okt. 1923.

Dankfagung.

Für alle uns erwiesene Teilnahme beim Heimgang unserer l. Mutter Elisabeth Angerer Witwe sowie auch Schwester Mina für ihre liebevolle Pflege, Herrn Stadtpfarrer für seine tröstenden Worte am Grabe, den Herren Ehrenträgern f. den letzten Liebesdienst, für die Kranzpenden und die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, danken herzlich Familie Hauser Familie Böttinger.

Fast neuen

Damenmantel

tauscht gegen Lebensmittel.
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

BREMEN



AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtdienst mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen

Reisegepäck-Versicherung

Näheres Auskunft durch
NORDDEUTSCHER
LOYD
BREMEN
und seine Vertretungen:
in Calw: Apotheker
Karl Reichmann,
in Stuttgart: Generalver-
tretung Passage-Bureau
Rominger, Königstr. 15.

Frische

Gee-Fische

Fritz Freudenberger.

Landw. Bezirks-Verein Calw.

Auf Lager ist:

Thomasmehl in 1 1/2-Zentner - Sutesäcken zu 6 Goldmark pro Zentner,

Rhenaniaphosphat in 1 1/2-Zentner - Sutesäcken zu 7,2 Goldmark pro Zentner,

Ausgabe gegen bar oder Tausch gegen Kartoffeln oder Getreide und zwar:

1 Zentner Thomasmehl gegen 2 Zentner Kartoffeln bezw. 60 Pfd. Weizen, 70 Pfd. Roggen oder 1 Zentner Hafer.

1 Zentner Rhenaniaphosphat gegen 2,4 Zentner Kartoffeln bezw. 70 Pfd. Weizen, 85 Pfd. Roggen oder 1,2 Zentner Hafer.

Ferner ist auf Lager:

Kalifalz 41 Prozent., | Koch- und Viehfalz,
Kainit, | Hafer.

Ausgabe Mittwoch und Samstag.

Die Geschäftsstelle.